



Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Christine Kamm, Claudia Stamm, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Wegfall des Versorgungszuschlags für Krankenhäuser verhindern!
– Keine Kürzungen in der Krankenhausvergütung vornehmen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass der Versorgungszuschlag für Krankenhäuser in gleicher Höhe auch in 2015 erhalten bleibt, oder dass eine entsprechend wirksame Alternative angeboten wird.

Begründung:

Mehr als die Hälfte der Krankenhäuser in Bayern sind trotz Finanzhilfen und eingeleiteten Sparmaßnahmen unterfinanziert. Die steigenden Personal-, Sach- und Investitionskosten im Krankenhausbereich werden Jahr für Jahr nicht ausreichend refinanziert. 2015 entfällt gemäß aktueller Rechtslage vollständig der Versorgungszuschlag. Somit werden auch Kliniken, die dieses Jahr noch mit einem Plus abschließen werden, ins Defizit getrieben.

Eine umfassende Krankenhausreform, die dringend notwendig wäre, lässt immer noch auf sich warten. Der Versorgungszuschlag für die Kliniken war im Jahr 2013 bis Ende 2014 vor dem Hintergrund der damals manche Krankenhäuser betreffenden doppelten Degression eingeführt worden. Er kam jedoch letztlich allen Kliniken in Form eines (zur Zeit 0,8 prozentigen) Zuschlags zugute. Damit wurde der Versorgungszuschlag zu einer allgemeinen Finanzierungsergänzung, die angesichts der gegenüber 2013 nicht geringer gewordenen finanziellen Notlage der Krankenhäuser auch weiterhin nötig ist.

Die sonstigen Vergütungsveränderungen wie beispielsweise ein steigender Landesbasisfallwert können den Wegfall des Versorgungszuschlags aufgrund der allgemeinen Kostensteigerungen nicht kompensieren. Mit dem Wegfall des Versorgungszuschlags werden allen Kliniken in Bayern signifikante Beträge fehlen. Für viele Krankenhäuser würde dies einen Wegfall von Einnahmen in Millionenhöhe bedeuten. Dies ist angesichts der derzeitigen überwiegend defizitären Lage der Kliniken ohne eine entsprechende Alternative im Hinblick auf die Sicherstellung der hochwertigen Gesundheitsversorgung nicht hinnehmbar.